

Politik



Niemand hatte ihn drum gebeten, trotzdem belästigte er uns mit einer Neu-jahrs-ansprache. Zur Dialektik, Gerhard Schröder zu verstehen.

Seite 4

Region



Ändern sollte sich vieles, konkret tut sich eher wenig: meint der VCD Bochum in seiner verkehrspolitischen Bilanz.

Seite 3

Konsumterror

Wie man mit dem Euro Katzen kauft, Spiel-schulden begleicht und warum Geld trotzdem stinkt: Erfahrungen mit dem neuen Spielgeld.

Seite 4



<http://bo-alternativ.de>



Aktionen gegen Studiengebühren dauern an! Das letzte Hemd

Mit zahlreichen phantasievollen Aktionen protestierten im Dezember StudentInnen der Ruhr-Universität gegen die von der nordrhein-westfälischen Bildungsministerin Behler für das Jahr 2003 angekündigte Einführung von Studiengebühren. Mit großer Mehrheit hatte sich eine mit über tausend StudentInnen gut besuchte Vollversammlung gegen Studiengebühren und das von Frau Behler angekündigte Studienkontenmodell ausgesprochen.

Ein aus dieser Vollversammlung hervorgegangenes Aktionskomitee ging unterstützt vom Allgemeinen StudentInnenausschuss (AStA) und der FachschaftsvertreterInnenkonferenz (FSVK) an die Arbeit und leistete mit geringen Kräften Hervorragendes: Um die Studis auf die bevorstehende Beschränkung des Hochschulzugangs aufmerksam zu machen, wurde einer der wichtigsten Zugänge zur RUB symbolträchtig durch eine Mauer aus Pappkartons verengt und die PassantInnen auf Flugblättern informiert und zu Aktionen aufgerufen. „Die

meisten Studis haben die Flugblätter zumindest gelesen“, so ein Aktivist, „nur ein paar Irre haben sich offensiv für Studiengebühren und gegen unsere Aktion ausgesprochen. Bedauerlich war vielleicht nur, dass einige gehbehinderte KollegInnen einen Umweg in Kauf nehmen mussten“.

Bemerkenswert war die Resonanz auf die Aufrufe, sich an Demonstrationen zu beteiligen. Während sich nur knapp über hundert Menschen einfanden, um unter dem Motto „Wer hat uns verraten – Sozialdemokraten“ in der Bochumer Innenstadt zu demonstrieren, waren immerhin zweihundert StudentInnen bereit, mit dem Bus nach Brüssel zu fahren, um sich dort anlässlich des EU-Gipfels an den Protesten gegen die von der Europäischen Union forcierte Privatisierung der Bildung zu beteiligen.

Zugang zur Uni vermauert

Enttäuscht zeigten sich die AktivistInnen vom Rektor der Ruhr-Universität, Petzina, der ihrer Aufforderung nicht nachkommen wollte, sich gegenüber dem Ministerium für einen Erhalt der Gebührenfreiheit einzusetzen. „Petzi kam uns mit dem blöden Argument, er müsse

Blockade von vier Internet-seiten auf und drohte den Providern mit hohen Bußgeldern sowie einer „Anordnung der Sperrung“ gemäß Mediendienste-Staatsvertrag.

Gutgemeiner Verfassungsverstoß

Die Bezirksregierung fährt zwar schwere Geschütze auf, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie ohne rechtliche Grundlage handelt. Zunächst ist mehr als fraglich, ob der Mediendienste-Staatsvertrag überhaupt auf Internetprovider anwendbar ist. In §2 werden dort Mediendienste als Abruf- und Verteildienste definiert, während Dienste, „bei denen der individuelle Leistungsaustausch oder die reine Übermittlung von Daten im Vordergrund steht“, explizit ausgenommen werden. Genau das tun Internetprovider: Sie übermitteln Daten ohne Ansehen des Inhalts, so wie die Post Briefe zustellt, ohne sie gelesen zu haben oder für ihren Inhalt verantwortlich zu sein.

Die Betreiber der gesperrten Seiten sitzen ausnahmslos in den USA und befinden sich im Einklang mit den dort geltenden Gesetzen. Daher hat die Bezirksregierung keinerlei Handhabe, um direkt gegen die Anbieter vorzugehen. Aus dieser Hilfslosigkeit heraus versucht man nun, die Verbreitung in Deutschland zu verhindern, indem man reinen Zugangsanbietern eine inhaltliche Verantwortung zuspricht.

Strittig ist weiterhin, ob und inwieweit der Inhalt der gesperrten Internetan-

gebote in Deutschland tatsächlich illegal ist. Relativ eindeutig ist die Lage lediglich bei dreien der vier Seiten: front14.org, stormfront.org und nazi-lauck-nsdapao.com leugnen bzw. verharmlosen den Holocaust und rufen zur Gewalt gegen AusländerInnen und Menschen jüdischen Glaubens auf. Die vierte Seite, www.rotten.com, könnte dagegen zum Türöffner für weitreichende Zensurbestrebungen werden.

Rotten.com ist ein Projekt, dass sich explizit für die Meinungsfreiheit einsetzt und aus einem radikalen aufklärerischen Anspruch heraus vieles zeigt, was anderswo nicht zu sehen ist. Dazu gehören neben vereinzelt, für den europäischen Geschmack harmlosen Nacktfotos auch Bilder von Kriegs- und Gewaltopfern, die in Deutschland zumindest fragwürdig wären. Eine nicht-autorisierte Veröffentlichung von Bildern sterbender oder leidender Menschen wäre bei uns eine Verletzung der Menschenwürde, solange kein „überwiegend berechtigtes Interesse“ an der Veröffentlichung besteht. Durch die auf rotten.com veröffentlichten Bilder ist jedoch höchstwahrscheinlich kein Bundesbürger in seinen Persönlichkeitsrechten betroffen, daher besteht keine Notwendigkeit gegen die Veröffentlichung vorzugehen.

Für die Talibanisierung Europas

Angesichts der unklaren Rechtslage rät der Verband der Internetprovider seinen Mitgliedern folgerichtig dazu, die Seiten nicht zu sperren

und rechtliche Schritte der Bezirksregierung – so sie überhaupt erfolgen – abzuwarten. Trotzdem haben in vorausseilendem Gehorsam Ende November etwa zehn kommerzielle Internetanbieter sowie einige Hochschulen mit Zensurmaßnahmen begonnen. Dabei werden durch eine Manipulation am Domain Name System (DNS) die gesperrten Domains auf eine falsche Seite umgeleitet. Vergleichbar mit einem Telefonbuch ordnet das DNS einem Domainnamen wie ruhr-uni-bochum.de die passende IP-Nummern des Servers zu (bei der Ruhr-Uni: 134.147.64.11), auf dem die Internetseiten tatsächlich liegen. Erst mit Hilfe der IP-Nummer können dann die Daten angefordert werden.

Diese Art der Sperrung hat den entscheidenden Nachteil, dass nicht nur einzelne Dokumente mit verbotenen oder juristisch fragwürdigen Inhalten betroffen sind, sondern die gesamten Internetangebote – was zumindest im Falle rotten.com überwiegend harmlose Texte, Gerichtsakten oder Dokumentationen sind.

Ein „Vorteil“ dieser Filterungsmethode ist dafür, dass sie sich mit nur wenig Mühe umgehen lässt, indem man einfach einen unzensurierten DNS-Server verwendet. Eine Anleitung dafür hält der Chaos Computer Club unter <http://www.ccc.de/censorship/dns-howto/> bereit.

Von Anfang an haben sich mit der RWTH Aachen und der FH Köln auch Hochschulen an den Zensurmaßnahmen beteiligt, kurz vor Weihnachten haben auch die Uni Siegen und die Ruhr-Uni mit der Filterung begonnen. Wie bereits im Umgang mit der Rasterfärbung zeigt die Leitung der Ruhr-Universität eine erschreckend unkritische Haltung zur Einschränkung von

... Fortsetzung auf Seite 2

... Fortsetzung auf Seite 2

Grundrechtbeschneidung durch Sicherheitswahn Und es sind die finstern Zeiten...

Verfahren gegen az-BesetzerInnen eingestellt

Der Prozess gegen fünf Leute, die im Januar 2001 die ehemalige Feuerwache und das USB-Gelände besetzt hatten, um erneut auf die Notwendigkeit eines antirassistischen zentrums in der Bochumer Innenstadt hinzuweisen, wurde am 13. Dezember eingestellt. Die fünf Angeklagten müssen lediglich eine Geldspende (viermal 90 Euro und einmal 150 Euro) zahlen, die nach Wunsch der BesetzerInnen an Menschen in Abschiebehaft Büren geht.

Schon einen Tag vor dem Prozess gab es eine Demonstration durch die Bochumer Innenstadt, auf der die Einstellung des Verfahrens gegen die BesetzerInnen gefordert wurde. In Redebeiträgen wurde auf die Vertreibung von Nichtangepassten aus der Bochumer Innenstadt, auf den rassistischen Normalzustand in Deutschland (Abschiebungen, rassistische Sondergesetze und Sprachgebrauch, rassistische BGS-Kontrollen an Hauptbahnhöfen, rechte Schläger, eine deutsche Bevölkerung, die das alles trägt etc.) und als Konsequenz daraus auf die Notwendigkeit eines antirassistischen zentrums in Bochum hingewiesen. Auch während des Prozesses machten die Angeklagten deutlich, dass die Stadt Bochum zwar den Raumbedarf für ein antirassistisches Zentrum anerkennt, aber auch nach der ersten Besetzung der ehemaligen Feuerwache Anfang Dezember 2000 und ihrer gewaltsamen Räumung weiterhin behauptet hat, es gäbe keine Räumlichkeiten für ein solches Zentrum. Mit den Besetzungen sollte erneut gezeigt werden, dass es geeignete Räumlichkeiten gibt und dass die Argumentation der Stadt nichts als eine Ausrede ist. In ihren Schlussplädoyers meinten Staatsanwalt und Richter, die Ziele der BesetzerInnen seien beachtlich, allerdings sei der legale Weg immer der bessere...

Am 18. Januar um 11.45 Uhr gibt es übrigens schon den nächsten Prozess am Bochumer Amtsgericht – gegen die Anmelderin der Demonstration „Zwischen den Stühlen tanzen“. Ihr wird vorgeworfen, die DemonstrationsteilnehmerInnen zur Vermummung aufgefordert zu haben.

Zur Gendarstellung

Presserechtlich ist die bsz zum Abdruck der folgenden Gendarstellung verpflichtet. Und zwar völlig unabhängig vom Wahrheitsgehalt. Da wir zur unveränderten Wiedergabe des Textes verpflichtet sind, haben wir auch die Fehler aus dem Original übernommen. Fakt bleibt, dass die Aachener Burschenschaft Libertas Brunn einschlägig bekannt ist. Das von Oliver Harf als Teil seiner Unterschrift verwendete X soll ihn wohl als gewählten Vorsitzenden dieser Burschenschaft kennzeichnen. Wir möchten zudem darauf hinweisen, dass am 19.12. keine bsz erschienen ist.

Gendarstellung

In der BSZ Nr. 530 vom 19.12.2001 erschien ein Artikel mit folgender Überschrift: „Burschen kneifen und klagen“. Im 2. Absatz heißt es wörtlich: „Die Aachener Naziburschen bevorzugen wohl weiterhin den Weg Diskussionen vor Gericht zu führen und weitere Klagen gegen GegnerInnen einzureichen. Jüngstes Beispiel ist das Libertas-Mitglied Oliver Harf, der auf dem Wege der Unterlassungsklage dem Antifapjekt an den Aachener Hochschulen verbieten will, ihn weiter auf seiner Homepage als Neonazi zu bezeichnen, der antisemitische Studis bedrohte.“

Die aus diesen beiden Sätzen hervorgehende Behauptung, ich sei ein Beispiel eines Aachener Nazi-Burschen ist falsch. Richtig ist vielmehr, daß ich kein Nazi war oder bin.

Im letzten Absatz des Artikels heißt es wörtlich: „Anwaltlich vertreten wird der Nazi-Bursche übrigens von Karsten Rausch von der Berliner Anwaltskanzlei Quensell & Kollegen“. Auch diese Darstellung ist falsch. Richtig ist vielmehr, daß ich kein Nazi-Bursche bin.
gez. x O. Harf

Köln: Nazi-Aufmarsch verhindern!

Am Samstag, den 12.01., planen Nazis einen Fakelmarsch durch den Kölner Stadtteil Longerich. Initiator ist die „Bürgerbewegung Pro Köln“ des Neonazi-Kaders Manfred Roush.

Antifaschistische Initiativen und StudentInnenvertretungen aus ganz NRW rufen dazu auf, sich den Nazis an diesem Tag offensiv entgegenzustellen!

Antifa-Treffpunkt in Köln-Longerich ist am 12.01.2002 um 14.30 Uhr am Altonaer Platz (Straßenbahnlinien 6 und 18 ab Köln Hbf). Weitere Informationen gibt es bei der Antifa Köln unter <http://www.antifa-k.de>

Es sieht schlecht aus für die braven BürgerInnen der Republik. Schon seit vielen Jahren mussten sie fürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren (weil ausländische ArbeitnehmerInnen ihnen die Jobs nahmen) und nicht abgesichert zu sein im Fall der Arbeitslosigkeit (weil unsere nicht deutschstämmigen „Gäste“ durch ihre Schmarotzerei dem Staat das letzte Geld aus der Tasche zogen), und nun kommt sie einiger Zeit noch die akute Bedrohung der „Inneren Sicherheit“ dazu.

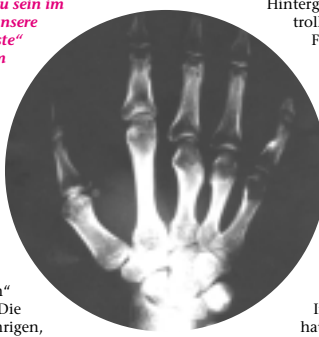
„Innen“, da sind – und sollen auch ausschließlich sein – alle Deutschen, so scheint es, und alles was von außen kommt, gefährdet diese. So findet man im Ruhrgebiet und anderswo zahlreiche Geschäfte, die „freie Waffen“ anbieten „zum Selbstschutz“. Die besorgte Mutter fragt den Zwölfjährigen, der zur Nachhilfe geht, ob er auch das Butterfly nicht vergessen hat, der Opa nimmt die Armbrust mit zu Aldi, und ohne Gaspistole oder Jagdmesser geht hoffentlich niemand mehr abends in die Tiefgarage. Kein Morgen mehr, an dem man nicht darüber nachdenkt, ob man heute nacht nun in irgendein südamerikanisches Bordell verschifft wird oder ob einem nicht doch vorher ein Flugzeug auf den Kopf gefallen sein wird. Organisierte Kriminalität und Terrorismus bedrohen die Ordnung, und diverse Politiker, deren Namen die Buchstabenkombination „Schil“ enthalten, sind unsere letzte Hoffnung, wenn wir denn nicht im Chaos versinken wollen.

Sicherheitswahn

Wer sich nicht ausschließlich auf reißerische Infotainmentshows verlassen, sondern einen kleinen Einblick in die andere Seite der Sicherheitsdiskurse gewinnen möchte, kann das für einen geringen Unkostenbeitrag im von den Jungdemokraten herausgegebenen „Handbuch gegen Überwachung und Ausgrenzung – Freiheit stirbt mit Sicherheit“ tun. Es warnt vor der bedrohlichen Mutation des Sicherheitswahns zum common sense, und erinnert im Sinne des Komitees für Grundrechte und Demokratie daran, dass „Unsicherheiten ein konstituierendes Element von pluralistischen und demokratischen Gesellschaften seien und absolute Sicherheit nie sein könne“. Durch Repression und autoritäre Sicherheitspolitik wird die Gesellschaft in ein Schema F normativer Ordnungsvorstellungen gedrängt, die durch mehr oder minder intelligente Medienmanipulation untermauert werden.

Die Kapitel des Bändchens beschäftigen sich unter anderem mit den neuen staatsverordneten Feindbildern „Organisierte Krimi-

nalität“ bzw. „AusländerInnenkriminalität“, die im Zuge der hochgepeitschten Kontrollmanie zu zahlreichen europaweit geltenden Polizeibefugnissen wie dem Schengener Informationssystem und Europol geführt haben. Es liefert



Hintergründe zu diversen Kontrollapparaten, mit denen Flüchtlinge überwacht und die Festung Europa nach außen abgesichert wird und beschreibt das System der „Zero Tolerance“, das seit ein paar Jahren in New York angewandt wird und unter anderem zu Vertriebungen von unerwünschten Personenkreisen aus Innenstädten geführt hat.

Zero Tolerance

Obwohl aus deutscher Perspektive anti-rechtsstaatl., hat das Modell auch hier schon Schule gemacht. Durchgreifen zum Schutz des Staates und des Einzelnen ist erlaubt und erwünscht, wie auch der ehemalige selbsternannte „linke Verteidiger“ Otto Schily heute sagt: „Das Wichtigste, um gesund zu bleiben

ist die Vorsorge, aber wenn eine Krankheit ausgebrochen ist, dann muss die eine oder andere bittere Arznei verabreicht, notfalls sogar mit dem Skalpell geschnitten werden. So ist das auch mit der Kriminalität.“

Die anderen Kapitel behandeln Videoüberwachung, die Überwachung von Datenströmen, Kontrolle durch Chipkarten, elektronische Fussfesseln und Demoreglementierung. Letzteres beschreibt Pläne, die Zonen auszudehnen, in denen gar nicht oder nur ausnahmsweise demonstriert werden darf.

Wer also weder bittere Pillen schlucken noch unter's Messer will und ein paar schnelle Infos sucht, sollte sich dieses Büchlein zu Gemüte führen und den common sense uncommon werden lassen.

tas

Freiheit stirbt mit Sicherheit / Jungdemokraten/Junge Linke – Berlin: Karin Kramer Verl., 2001, 111 Seiten (auch beim Notstand erhältlich).

**Infos bei: Jungdemokraten NRW
Herner Str. 79
44789 Bochum**

Dieses Buch ist am Notstand erhältlich.

Medienwissenschaft ist da! Hallo und Tschüss

Im Dezember hat sich der Senat der Ruhr-Universität von zwei Studiengängen verabschiedet: Film- und Fernsehwissenschaft sowie Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Doch anders als bei anderen Studiengängen sind diese nicht vollkommen von der Bildfläche verschwunden, sondern fusionieren zu einem der größten medienwissenschaftlichen Institute in Deutschland.

Ab dem Wintersemester 2002 können sich dann auch die neuen Erstis für Medienwissenschaft einschreiben (NC-Fach!). Für die bisherigen FFW- und/oder Publizistik-Studis soll das Studium noch ein paar Jahre gesichert sein, wer

sich zur Zeit am Beginn des Studiums befindet, soll auch noch in den medienwissenschaftlichen Studiengang wechseln können.

Die beiden Fachschräfte FFW und Publizistik laden aus diesem aktuellen Anlass zu einer gemeinsamen Vollversammlung ein. Diese findet am Dienstag, den 15.01.2002 um 14 Uhr s.t. in HGB 10 statt. Dort sollen alle Studis über den aktuellen Sachstand informiert werden – auch VertreterInnen beider Institute werden anwesend sein.

Die Fachschaften haben sich ebenfalls auf eine verstärkte Zusammenarbeit geeinigt. Zusammen will man den Fachschaftenverbund Medienwissenschaft gründen, der dann auch die Interessen der zukünftigen MedienwissenschaftlerInnen vertreten wird.

Heiko Jansen

**Mehr Infos bei den Fachschaften:
FFW: GB 2/143, Tel.: 0234-32-25081
Publizistik: GA 2/38, Tel.: 0234-32-24719**

... fortgesetzt von Seite 1

Protest gegen Gebühren

würdigkeit der Universitätsleitung gegenüber dem Bildungsministerium zu kritisieren.

Das letzte Hemd gegeben

Ihren Abschluss für das Jahr 2001 fanden die Aktionen mit einem Warnstreik der SoWi-StudentInnen, der von der Vollversammlung der Fachschaft Sozialwissenschaft beschlossen worden war und in dessen Verlauf das Gebäude HGC für einen Tag vollständig abgeriegelt wurde. Zu Konflikten kam es dabei mit einigen Jura-StudentInnen, die das Gebäude unbedingt betreten wollten, um eine Klausur abzuleisten, die schließlich, Flexibilität ist ja inzwischen Lernziel an deutschen Universitäten, in einen anderen Raum verlegt wurde.

Nicht locker lassen

„Auch im neuen Jahr wird es weitere Aktionen geben“ kündigte Dominik Ruppenthal, Sprecher der FSVK, an. „Die Aktionsgruppe hat noch zahlreiche Ideen auf Lager und wird von der Verfassten StudentInnenschaft unterstützt“. Angedacht seien etwa Aktionen am 16. Januar, einem von StudentInnen der Freien Universität Berlin ausgerufenen Aktionstag.

„Auf jeden Fall haben wir schon eine gewisse Öffentlichkeit erreicht, auf die wir aufbauen können“, ergänzte Rolf van Raden, Referent für Hochschulpolitik im AstA der Ruhr-Uni. „Ist mir scheißegal, was in der WAZ steht“, schloss eine Aktivistin kämpferisch die Runde ab, „Studiengebühren sind der allerletzte Scheiß und wir werden dafür sorgen, dass unsere Argumente gehört werden“.

Ab kommender Woche wird der Aktionsarbeitskreis sich wieder treffen, Zeit und Ort sind im AstA im Raum der FSVK und im Referat für Hochschulpolitik zu erfragen.

Bereits am Mittwoch, den 9.1., trifft sich eine Gruppe, die sich intensiver mit den Themen Gebühren und Bildungsprivatisierung in Europa auseinandersetzen und eine Broschüre zu diesen Themen erstellen will.

... fortgesetzt von Seite 1

Internetzensur

BürgerInnenrechten, auch wenn deren Rechtsgrundlage äußerst fragwürdig ist. So verwundert es kaum, dass alle demokratischen Gremien der Uni bei dieser Entscheidung übergangen worden sind. Weder im Beirat des Rechenzentrums, noch im Senat wurden die geplanten Eingriffe erwähnt oder beschlossen.

Dabei macht sich die Ruhr-Uni immerhin wissentlich zur Helferin bei einem Verstoß gegen den Grundgesetzartikel 5, der eine Vorzensur (wie sie hier stattfindet) ausschließt. Gegen die Bezirksregierung Düsseldorf haben BürgerrechtlerInnen bereits Anzeige erstattet, da sie darin eine politisch motivierte Tat einer Gruppe von Leuten sehen, die versuchen, so die freiheitliche Grundordnung auszuhebeln.

Die Tragweite der momentan stattfindenden Filterung ist kaum zu unterschätzen: Lassen sich die Zensurmaßnahmen in NRW gegenüber diesen vier Websites durchsetzen, so werden andere Bundesländer bald nachziehen. Mit Sicherheit würden es die Behörden nicht bei den inkriminierten vier Domains bewenden lassen, sondern schnell weitere Internetangebote zensurieren. Wenn sich die Sperrung von www.rotten.com als Präzedenzfall aufrechterhalten lässt, könnte sogar schon bald alles im weitesten Sinne jugendgefährdende Material gesperrt werden. Vielleicht auch die bsz.

mac

Verkehrspolitische Jahresbilanz des VCD Wenig Fortschritt



:bsztermine

Wenig Fortschritte für eine umweltverträgliche Verkehrspolitik sieht der Verkehrsclub Deutschland (VCD) in seiner Bilanz der Verkehrspolitik des Jahres 2001. Nach wie vor sei das Geschehen in der Innenstadt geprägt durch die Baustellen. Diesbezügliche Klagen seien einerseits verständlich, meint der VCD. Andererseits hätten SPD, CDU und Wirtschaftsverbände die aus Sicht des VCD fragwürdigen Grossprojekte Tunnel für die Straßenbahnlinien 302 und 310, 306 und Parkplatzstollen Massenbergstraße gewollt - „auch manche, die jetzt klagen“. So VCD-Sprecher Jürgen Eichel. Ein Ärgernis ist aus Sicht des VCD der illegale Autoverkehr durch Massenberg-/ Bongard-/ Hans-Böckler-/ Viktoriastraße mit Behinderungen für Bahn, Bus, Rad und Fußgänger.



Kein Verständnis hat der VCD für die auch im letzten Jahr wiederholt geäußerten Klagen über angeblich unzureichende Parkmöglichkeiten in der Innenstadt. Hier gebe es nun eine umfassende Aufstellung: In Bochum gibt es mit über 5000 Stellplätzen ein überdurchschnittlich gutes Parkangebot, selbst in Spitzenstunden sind reichlich Stellplätze frei. Den Preis von 2 DM pro Stunde hält der VCD für angemessen. Da der Platz in der Innenstadt aber

begrenzt sei, müsse jedem klar sein: „Der normale Abstellplatz für Pkw in der Innenstadt ist das Parkhaus“, so der VCD. Ohnehin kommen nach den vorliegenden Erhebungen über 50% der BesucherInnen mit Bus und Bahn, Rad oder zu Fuss in die Innenstadt - „und das sollte gestärkt werden“, meint der VCD.

Als Schwächung der Innenstadt sieht der VCD allerdings die im letzten Jahr vollzogene Erweiterung des Ruhrparks. „Die negativen Folgen machen sich in den angrenzenden Stadtteilen ja schon bemerkbar: Mehr Autoverkehr und mehr Umweltbelastung“, so der VCD.

Immerhin sind die Fahrgastzahlen der Bogestra wieder leicht gestiegen. „Die Stagnation scheint überwunden - die Trendwende zugunsten Bahn und Bus ist das aber sicher noch nicht“, so VCD-Sprecher Eichel. Dafür seien Angebot und Erschließung vielfach noch nicht gut genug. Als dringend erforderlich sieht der VCD daher die kontrovers diskutierte Verlängerung der Straßenbahn nach Langendreer wie auch von Laer nach Werne. Dabei hält es der VCD für wichtig, die Planungen vor Ort ausführlich zu diskutieren; dies sei auch im neuen Jahr geplant.

Wieder Stillstand verzeichnet der VCD bei der Förderung des Radverkehrs. Zwar konnte das Bündnis Umwelfreundlicher Stadtverkehr im April drei Jahre Fahrraddemos feiern. Auch im Haushalt wurden die notwendigen Mittel doch noch eingestellt. Immerhin wurde der untere Teil der Dorstener Straße im Rahmen

des Umbaus mit Radstreifen ausgestattet. Doch ansonsten fällt die Bilanz ernüchternd aus: „Projekte kommen kaum voran, die Stelle der Radverkehrsbeauftragten wird seit einem dreiviertel Jahr nicht neu besetzt, den zugesagten Radverkehrsbericht gibt es immer noch nicht.“ Anfragen von VCD-Sprecher Jürgen Eichel würden von der Verwaltung seit Monaten nicht beantwortet.

Als Trauerspiel wertet der VCD die Diskussion um den europaweiten autofreien Tag am 22.9., an dem Bochum u.a. aufgrund der ablehnenden Haltung des OB diesmal nicht teilgenommen hatte. „Manche fördern die Love Parade auf der A 40, aber sehen den Untergang nahen, wenn in der Innenstadt im wesentlichen die jetzt schon gültige rechtliche Regelung: keine Durchfahrt für Pkw umgesetzt wird“, so VCD-Sprecher Eichel kopfschüttelnd. Als besonders peinlich betrachtet der VCD die gleichzeitige Unterstützung der Stadt Bochum für den Klimaschutz-Lauf zugunsten der UN-Klimakonferenz im Juni: „Klimaschutz weltweit ja, aber nicht in Bochum - das ist unglaublich“, meint der VCD.

Und auch die Diskussion um die „Bochumer Lösung“ und aktuell um die Aufstufung des westlichen Teils des Ausseinerings zur Autobahn zeigt nach Meinung des VCD, dass es vielen nicht ernst ist mit dem Reden vom Klimaschutz im Verkehr. An diesen Widersprüchen leide auch der Bochumer Agenda 21-Prozess, in dessen Rahmen Lösungen für eine zukunftsfähige Entwicklung gefunden werden sollen. „Manche meinen immer noch, es könne mit dem Autoverkehr immer so weitergehen - eine fatale Fehleinschätzung“, so der VCD.

30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen Plakatbuch die Zweite

1999 gab die Gruppe HKS 13 das Plakatbuch „Hoch die Kampfde“ heraus, in dem Plakate autonomer Bewegungen aus einem Zeitraum von 20 Jahren präsentiert wurden. Nun liegt nach zwei Jahren intensiver Arbeit die Fortsetzung vor. Die HerausgeberInnen erweitern den Blickwinkel sowohl thematisch als auch zeitlich. So lautet der jetzige Untertitel „30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen“.

Die einzelnen Aufsätze beschäftigen sich mit der Außerparlamentarischen Opposition (APO), den K-Gruppen, der Schwulen- und der Lesbenbewegung, Gentechnik, Musik, Chile-Solidarität, Anti-Apartheid, Knast und Isolation. Auf die Grünen, die sich längst von jeder emanzipatorischen Bewegung entfernt haben, wirft Markus Mohr ein wenig schmeichelhaftes Schlaglicht und in einem abschließenden Artikel wird über den eigenen (deutschen) Tellerrand auf „politische Plakate anderswo“ geblickt.

Um die dominierende Präsentationsperspektive der großen Städte Hamburg, Berlin und Frankfurt in Ansätzen zu durchbrechen, werden jeweils die politische Plakatkultur in Düsseldorf, Hannover und Nürnberg dargestellt.

Ergänzt wird dieses Spektrum durch Beiträge zu Gewalt und Militanz sowie der optischen Symbolisierung des Begriffs Solidarität in Plakaten der Linken. Zudem werden Impulse zur Plakat-Praxis beigesteuert: ein kleiner Leitfaden zur Herstellung und Betrachtung von Plakaten, zur Imagebeschmutzung von der autonomen a.f.r.i.k.a.-gruppe (Handbuch der Kommunikationsguerilla), Siebdruck der Gruppe blutdruck aus Bremen.

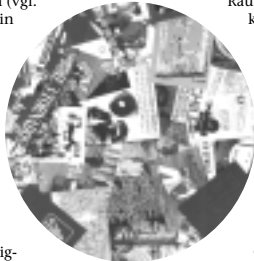
Plakativ

Besonders hervorzuheben sind die Beiträge von Dario Azzellini zur sogenannten „Antiglobalisierungsbewegung“ und zu Antisemitismus von Elfriede Müller, die unabhängig von der vorliegenden Veröffentlichung lesenswert sind.

Die Kritik, in den Beiträgen werde insgesamt zu wenig Bezug auf die Motive genommen (vgl. Rezension von hmk in 2313, Nr.28), lässt sich für das zweite Plakatbuch nicht aufrechterhalten. Von Ausnahmen abgesehen harmonisieren die Grafiken mit den Inhalten der Texte.

Die Aufmachung des Buches lässt erneut kaum zu wünschen übrig; lediglich bei den sehr textlastigen Plakaten ist eine Lupe vonnöten. Schade nur (zumindest für die Bibliophilen unter euch), dass es diesmal nicht zu einem Festeinband gereicht hat wie bei Plakatbuch Nr. 1.

Unter den mehr als 800 im Buch abgedruckten Plakaten dürfte so ziemlich jeder Linke das ein oder andere entdecken, das ihm/ihr bekannt ist (so finden sich aus Bochum der Flyer der Genua-Soli-Party im KuCa Ende September 2001, S.44, und das LiLi-Wahlplakat von 1998, das fälschlicherweise Frankfurt als Ort angibt, S.117). Die beiliegende CD-ROM enthält ca. weitere 7.200 (!) digitalisierte Plakate im JPEG-Format. Darin sind auch sämtliche Bilddateien der CD-ROM des ersten Buches inbegriffen. Insofern erscheint die Annahme der HerausgeberInnen, der Leser, die Leserin halte mit dieser CD-ROM das



„größte elektronische Plakatarchiv im deutschsprachigen Raum in den Händen“, keineswegs vermissen. Und dies für einen mehr als fairen Preis von rund 50,- DM. So ist jedeR eingeladen, anhand der Materialfülle, die sich über ein Suchprogramm gut erschließen lässt, die eigene Geschichte Revue passieren zu lassen, Ideen für eigene Plakate zu suchen, nachdenkliche und amüsante Momente zu erleben oder einfach zu stöbern.

marius schiffer

HKS 13 (Hrsg.): Vorwärts bis zum nieder mit. 30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen, Berlin (Assoziation A) 2001, 288 S., 25,46 Euro.

Dieses Buch ist auch beim Notstand erhältlich.



Mittwoch, 9. Januar

Friedensplenum

19 Uhr, Bhf. Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum

Donnerstag, 10. Januar

Linkes Netzwerk Bochum

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum

Politische Situation in Cuba

Diavortrag und Diskussionsveranstaltung zu Cuba
20 Uhr
KuZ Pelme (Pelmekestr.14), Hagen-Wehringhausen, <http://www.pelme.de/>

Freitag, 11. Januar

Antifaschistische Demonstration:

„Kein Fussbreit dem Faschismus“
18.30 Uhr, Graf-Engelbert-Platz, Lüdenscheid, nähere Infos: <http://www.antifa-luedenscheid.de.vu/>

Initiative zur Rehabilitation der Bochumer Justizopfer des Kalten Krieges

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum

Konzert: Spermbirds & Boxhamsters

7 Euro
19.30 Uhr, AZ Mülheim

Samstag, 12. Januar

Thomas Rech (Texte/Vocals), Markus B. Schirp (Musik/Gitarre):

„In ihrem Schoß die Welt ...“. Gedichte über die Liebe und andere seltsame Zustände
20 Uhr, Kulturhaus Theaterhaus Thealozzi (Pestalozzistr. 21), Bochum

„SKaturday Night“

mit No Respect (Göttingen), Scrapy (Passau), Corey Dixon (USA); anschließend Party
20 Uhr
Druckluft, Oberhausen
<http://www.antifa-duisburg.de>

Disco: Tanzrapid

5 Euro
Funky Big & Breakbeats mit Hohes C (Bamboo Bays) und Djduo Palettaflash.
22 Uhr, AZ-Mülheim

Sonntag, 13. Januar

LLL-Demo in Berlin

Die alljährliche größte linke Demo zum Gedenken an die ermordeten Rosa Luxemburg & Karl Liebknecht
nähere Infos: <http://www.ll-demo.de/>

Montag, 14. Januar

Verkehrsclub Deutschland, Kreisverband Bochum und Gelsenkirchen

19.30 Uhr, Kolpinghaus (Maximilian-Kolbe-Str. 14), Bochum

Antifa-Plenum

19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum

Anti-Atom-Plenum

20 Uhr, Bahnhof Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum

Dienstag, 15. Januar

Film- und Vortragsreihe „Arbeit im Dritten Reich“:

Dr. Hubert Schneider: Vom Schicksal der Zwangsarbeiter. Displaced Persons: Menschen ohne Heimat und Perspektive
18 Uhr, Stadtarchiv (Kronenstr. 47-49), Bochum



Neujahrsgrunzen des Kanzlers

Die Dialektik, Gerhard Schröder zu verstehen

Die meisten Emporkömmlinge der ArbeiterInnenklasse geben sich mit dem erreichten Ziel von Haus, Familie, Auto und Briefmarkensammlung zufrieden und behelligen ihre Umwelt hernach nicht mehr über Gebühr. Manche werden dann sentimental und erzählen sich gegenseitig am Stammtisch, wie schön ihre Jugend und wie bewegt ihr Leben einst einmal war.

Dies gilt nicht für Gerhard Schröder, der noch höher hinauswollte und nunmehr glaubt, ganz oben angekommen zu sein. Mangels Eigentum an ernstzunehmenden Kapital ist er zwar nur ausführendes Organ desselbigen geworden; als Bundeskanzler fühlt er sich aber offenbar ganz wohl.

Rückblende

Als Gerhards Ururgroßpapa vor 150 Jahren nach schwerer 12-Stunden-Schicht aus dem Pütt fuhr, wischte er sich den Kohlenstaub aus der Stirn und sprach: „Jetzt schnapp ich mir meine Teilzeithausfrau und meine noch lebenden elf Bälger, wir packen unsere sieben Sachen und machen mit dem bezahlten Jahresurlaub voll einen drauf.“ Dies jedoch wurde der Familie gründlich vermiest, als sie tagelang an der preußisch-französischen Grenze wegen irgendwelcher Formalitäten hängenblieb. Und als sie endlich die Stadt ihrer Träume erreichte, war's grade Sonntag, so dass der Urahn noch nicht mal Thaler in Franc umtauschen konnte.

So etwas muss G. Schröder durch den Kopf gegangen sein, als er vom Anbruch einer Zeit sprach, von der Menschen in Europa jahrhundertlang geträumt haben: grenzenlose Reise-Freiheit und Bezahlen in einer gemeinsamen Währung – in Euro und Cent (Alle kursiv gedruckten Passagen aus der Neujahrsansprache des Kanzlers zum Jahr 2002).

Wohl nicht auf seine Kappe, sondern auf die von Doris, ging der Einfall, sich aus erzieherischen Gründen Euro-Starterkits zu besorgen; man habe dann mit

Kindern und Enkeln das neue Geld befühlt. Das war wie vor Weihnachten und Ostern zusammen: Die Schröders sitzen um den großen Esstisch versammelt, der neue Schatz drauf aufgehäuft und Doris führt das Kommando: „Kinder, wascht euch die Hände, bevor ihr unsere Neuanschaffung betatscht.“

gefühltes neues Geld

Und dann nahmen sie es, drehten es zwischen den Pfoten, befeuchteten und lobpreisen die allein einigmachende Währung. Wer eine Münze fallen ließ, erhielt von Gerd einen gestrengen Blick und von Doris 'ne Kopfnuss.

Uns, setzt Schröder im Plural Majestätis fort, hat die Deutsche Mark viel bedeutet. Sie kennen's ja aus der Werbung: Gute Träume, bessere Träume.

Aber sie können sicher sein: noch bessere Zeiten stehen bevor. Und damit kommt Bundes-Gerhard endlich zum zentralen Anliegen: Wir leben in einer Welt – deshalb engagieren wir uns, respektive bomben, schießen auf dem Balkan und Afghanistan. Wir helfen mit dem Besten, was wir haben: mit unseren Menschen. Mit Diplomaten und Doktoren, mit Sanitätern und dem üblichen Kanonenfutter, sprich Soldaten. Mit vielen anderen zivilen Helfern und Freiwilligen. Ja, das gute alte Ehrenamt erhält in Kriegszeiten seine alte Bezeichnung zurück: Freiwilligkeit. Und bist Du nicht aus freien Stücken willig, so brauchst's Gewalt: Seit dem 1. Januar 2002 gilt das „Gesetz zur Neuaufrichtung der Bundeswehr“. Dieses ändert neun konstituierende Gesetze im Wehr-, Zivildienst- und Katastrophenschutzrecht. Zur Musterung geht's ab jetzt schon mit 16½ Jahren – in einem Alter, wo die Entscheidung einer etwaigen Kriegsdienstverweigerung in aller Regel noch nicht gereift ist.

Katastrophenschutzler (freiwillige Feuerwehr, THW, etc.) sind nach ihren nunmehr sechs abzureißenden Jahren nicht aus der Wehraufsicht entlassen, können somit im „Krisenfall“ zum Dienst an der Waffe gepresst werden.

Bestehen bleibt die Möglichkeit, Zivis zum mittelbaren Kriegsdienst zu ziehen, indem sie zuhause „soziale Dienste“ verrichten oder an der Front Verletzte einsammeln.

Aber wie erklärt der Kanzler dies dem deutschen Michel. Die Weltgemeinschaft erwartet

von Deutschland mehr als bisher ... Es ist uns nicht gestattet, abseits zu stehen ... Das gebietet der Anstand. Da mit Weltgemeinschaft nicht die UNO gemeint sein kann – zumal sich D'land seit 1989 permanent aufdrängt, um in den Sicherheitsrat zu gelangen – muss es sich um den guten alten Weltgeist handeln. Ansonsten: Wer gestattet wem was nicht mehr? Und wer setzt wem welche Anstandsregeln? Lassen wir an dieser Stelle offen, wer Herrn Schröder gebieten kann.

Wir werden ... Terrorismus bekämpfen mit aller Kraft und mit dem (Singular!) angemessenen Mittel an jedem Ort.“ Herr Kanzler, Genosse, Gerhard! Dein 1945 verstorbener Amtsvorgänger hätte es nicht besser formulieren können: an jedem Ort, so, so.

A propos, Terrorismus, wer schützt mich vor Otto Schily? Der König von Deutschland hat auch dazu eine Idee: Meine (!) Regierung hat umfassend auf die neue Herausforderung reagiert: Mit Solidarität nach außen und verstärkter Wachsamkeit im Inneren. Tatsächlich! Von Solidarität nach innen ist in keiner Weise die Rede, oh je.

Wohl gemerkt, von etwas Ähnlichem ist durchaus die Rede. Mit neuen Strategien bringen wir die Arbeitslosen in die offenen Stellen, von denen es – man darf es ruhig einmal sagen – Hunderttausende gibt. Essens-Oberbürgermeister Reiniger, definiert Gemeinwohl, Solidarität und artverwandten Killefit folgendermaßen: „Elender, arbeitsloser Wicht, nimm gnädig an die Sozialhilfe für bezahltes Bütteln zum Lohne eines Euro; gehe dahin und reinige Stadtpark und Wälder, damit auch Du in Unserer Gnade als lebenswert eingestuft wirst.“ – Nicht umsonst gibt es in unserer Nachbarstadt das geflügelte Wort vom Reinigern gehen. – „Und dann: Reintegriere Dich, Wurm, ein weiteres Angebot empfängst Du nimmer!“

Sach an, Schröder, hat Dein Kollege von der CDU etwa nicht recht mit seinem Vorgehen? Immerhin habt ihr beiden schon früher mehrmals euren common sense zur Bekämpfung der Arbeitslosen (nicht der Arbeitslosigkeit) bekundet. So ist's recht: Das Geld liegt auf der Straße, und zwar der Länge nach, die Arme zum Kreuze weit von sich gestreckt.

Liebe Freunde vom IGM, ver.di, und GEW. Lasst Euch nicht weiter vereinnahmen. Denn es geht nicht nur um die oben geschilderten Drohungen, sondern auch darum, dass wir keine wetterfesten Unternehmer brauchen, die nicht auf Turbulenzen mit Entlassungen drohen. Und auch die Drohung mit einer neuen Bildungspolitik für noch bessere ausgebildete junge Menschen zu sorgen, kann bei all dem Glauben an unsere Kraft nur Sorgen bereiten.

Jörch Schönewerk

Die wahren Vorzüge der neu aussehenden, aber immer noch selben gesellschaftlichen Verhältnisse, die alle in ihren Taschen mit sich herumtragen, wurden mir gestern beim Glücksspiel bewusst. Als ich wieder einmal ein Spiel verlor (warum musste dieser Idiot von meinem Mitspieler auch 60 sagen, wenn er die Dulle nicht hat), galt es eine 1-Euro-Münze an eine Mitspielerin rüberzuschieben. Und da bemerkte ich erstmals bewusst, dass eineN kein faschistoider Franz-Josef Strauß oder Keine-Experimente-Adenauer mehr angrinst, oder der dicke Ehrhard wirtschaftswunderlich debil verzückt auf einen niederblickt. Einfach herrlich. Das Brandenburger Tor ist zwar gegen diese Pest nicht mehr als nur die Cholera. Aber lieber ein Symbol für großdeutsches Streben und Herrenrasse, als deren Vertreter in Gesicht und Breitband auf den Münzen. Wären irgendwelche einigermaßen sympathischen Dinge auf den Dingen abgebildet, es würde wohl keineK mehr daran denken, dass das Geld, als Zentralkategorie kapitalistischer Vergesellschaftung, und mit ihm diese ganze Gesellschaft, eigentlich nur abgeschafft gehört: Der Geldfetisch wäre zu seiner höchsten Vollendung gelangt.

Und außerdem gibt es ja da dann noch die tollen holländischen Münzen (schon jetzt ein Sammelobjekt) mit Königin Beatrix. Ich frage mich, ob die Briten, wenn sie in ein paar Jahren, auch ins „Euroland“ kommen, wohl Queen Mum mit Gin-Tonic-Glas in der Hand abbilden werden. Ich würd' sofort dahin auswandern.

Ach, aber die Ausgangsfrage war ja, was ich mir von meinen ersten Euro gekauft habe. Nun, da mein Verhältnis zu Geld in keinsten Weise libidinös geprägt ist, sondern eher vulgärmaterialistisch, habe ich damit nichts Tolles gemacht. Am Mittwoch lag noch ein verträumter alter 20-DM-Schein in meiner Tasche. Damit habe ich, wie nach Feiertagen so üblich, beim Plus Brot, Käse, Orangensaft, Eier und Milch gekauft. Kaffee war ja noch genug da. Das kostete dann 14,62 DM. Die Verkäuferin gab mir dann so etwa drei Euro zurück. Damit bin ich dann zum REWE um die Ecke gelaufen, denn die zwei Katzen meiner WG sind schon zwei echte Diven und fressen das Billigfutter vom Plus nicht. Es muss schon JA! zarte Stücke sein (ehemals -,69 Pfennig, jetzt so etwa die Hälfte in Cent). Die gibt es übrigens, für alle Katzenfutterliebhaber unter den LeserInnen, in den Geschmacksrichtungen Wild, Geflügel, Thunfisch und Rind. Davon packte ich nun noch behende ein paar Döschen in mein Warenkörbchen und zitterte an der Kasse überhaupt nicht vor Aufregung, ob der Tatsache, dass ich nun zum ersten Mal mit Euro bezahlen würde. Da ich aber noch (wegen Erkältung) zwei Zitronen erwerben wollte, hatte ich nicht genug Kleingeld in Euro dabei. Also bezahlte ich mit der Karte und der Bezahl effekt war vorbei. Das Erste, was ich also mit Euro bezahlt habe, war noch an dem selben Abend das verlorene Bubensolo (so ein Scheiß: hatte vier Stück, davon drei von oben und einer von diesen Kontradioten hat die restlichen vier dagegen. Da hilft auch keine Herzflöte mehr).

P.S.: Ziel der ganzen Schreiberei bleibt aber weiterhin: Warenform und Geldform und ihr ihre wahre Gestalt verschleiender Fetisch, gehören auf den Müllhaufen der Geschichte und der Revolution ist zum Siege zu verhelfen.

